

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: R. Grottelmann in Stettin, Kirchplatz 8-1.
 Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
 Vierteljährlich: durch den Briefträger ins Haus gebracht.
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.
 Anzeigen: die Beilagen oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Neblamen 30 Pf.

Der Mordanschlag in der französischen Deputiertenkammer.

Nachdem Berthold Schwarz das Schießpulver erfunden, erkannte alsbald politische und gemeine Verbrecher, Verschwörer und Räuber in der schwarzen Pulver die gefährlichsten Stoffe, die sie jemals schneller, wirkungsvoller und vor allem gefährlicher für die eigene Person zum Ziele führte, als Gift und Dolch. Seitdem stehen die Pulververschönerungen auf der Tagesordnung der Weltgeschichte, und sie haben sich deshalb so große Geltung, so tiefen Abdruck hervorgebracht, weil dabei der Einsatz der Thäter an Muth und Menschlichkeit in gar keinem Verhältnis zu der mörderischen, Unschuldigen mit den Schuldigen treffenden Wirkung stand. Das Dynamit und die ähnlichen Stoffe, die als Erzeugnisse der Technik unserer Jahrhundert gezeichnet werden, zwingen die Sprengkraft eines ganzen Fasses voll Pulver in eine Bombe von der Größe eines Hühnerkies zusammen, und in demselben Maße wachsen beim Dynamitverbrechen die begleitenden Eigenschaften: die Gefährlichkeit für den Thäter, die Furchtbarkeit der Wirkung und der Abscheu der Mitwelt. Bis vor Kurzem hatten alle diese Verbrechen eine bestimmte Richtung und entsprangen, wenn auch verwerflich, so doch logisch immer noch fahrbaren Beweggründen, erst die neueste Zeit hat jene Verbrechen der Anarchisten gegen und zur That umgewandelt, daß der Vernichtungsfriede der gesammten bürgerlichen Gesellschaft gelte, daß es nicht der Wille mehr sei, innerlich dieser, gewissermaßen mit einer bürgerlichen Erlösung befreiten Waise, zwischen Schuldigen und Unschuldigen nach anarchistischer Auffassung zu unterscheiden. Dieser Wahnsinn hat die furchtbare Nordluft geweht, die in den anarchistischen Unthaten zu Tage tritt und eine gewöhnlich mit gemeinsamer Feindschaft verpackte Vernichtungsfahrt offenbart, die der Gesellschaft in der gebieterischen Forderung nach Selbstbeseitigung nur die Wahl läßt, alle, die sich zu der anarchistischen Mordthat bekennen, mögen sie sie bereits begangen haben oder nicht, ins Irrenhaus und in die Zwangsarbeit zu rücken, oder auszurotten wie wilde Bestien. Da die Freiheit der letzten Ansätze und ihrer Thäter den menschenfreundlichen Trost ausschließt, daß es sich um Geistesgekränkte handelte, so sieht sich die Gesellschaft auf das letzte, äußerste Mittel angewiesen. Niemand darf sich rühmen, vor den feigen Mordbuben sicher zu sein, aber es ist doch wohl kein Zufall, daß Deutschland bis jetzt — von dem glücklich verurteilten Mordverurtheilten am Niederwald-Deinmal abgesehen — von anarchistischen Anschlägen verschont geblieben ist, sondern ein Erfolg seiner zielbewußten sozialpolitischen Gesetzgebung und der strengen Maßregeln über den Verkehr mit Sprengstoffen einerseits und der thätigen Eingriffe bei den Bergarbeitersaufständen und der strengen Überwachung der Anarchisten andererseits. Von allem ist in Frankreich das Gegenbild der Fall. Man hat zwar angefangen, die soziale Gesetzgebung Deutschlands nachzuahmen, aber der Gang ist schleichend und langsam und mehr auf politische Agitation und Arbeiterkampf als auf wirkliche Abstellung der Uebelstände berechnet. Die schwächliche Haltung der französischen Regierung bei und nach den Aufständen in Carmaux und in den Bergwerksbezirken des Nordens ist noch in frischem Gedächtnis, man hat es dort gedeutet, daß die Dynamit-Patrone schließlich als notwendiger Ausfallsbedarf betrachtet wurde, daß die Gemeinheit zur Gewohnheit wurde, dem Kameraden, der seine kleinen nicht länger darben sehen konnte und die Arbeit wieder aufnehmen, heimlich und nachlässig eine Dynamitbombe auf die Brustband zu legen. Und als man schließlich mit großem Apparat daran ging, Vorbeugungsmaßregeln zu treffen, gebar der freilebende Berg ein paar lächerliche Menschen; ein wirkungsloser Aufzug zum Preisgebot und eine Beschränkung des Verkehrs mit Sprengstoffen, die so lag gefast war, daß sie den großen Fabrikationsgesellschaften, den Freunden der Regierungsmänner und Parlamentarier, nur ja keinen Abbruch that, sollten die anarchistische Mordbombe entfallen!

Unwissenheit wucherte die anarchistische Presse lustig fort und bildete das geistige Bindungs- und Verbindungsband unter den „Genossen“. Die „Revolte“ giebt heute noch in gemeinverständlicher Fassung Rathschläge über die Anfertigung von Bomben und Mordwerkzeugen und sucht die anarchistischen Lehren in ein System zu bringen. Was sie und die Zeitschrift „Entretiens politiques et littéraires“ in angeblich wissenschaftlicher Form vortragen, übertrifft die „Pere Renard“ in das Anarchisten-Kaufversteck und erzielt damit bei den sensationellsten Bourgeois, Männlein wie Weiblein, regelmäßig einen großen Zellerseufzer. In der Provinz sind noch verbreitet der in Algerien erscheinende „Libertaire“ und der „Follet herbourgeois“, daneben finden alle die anarchistischen Zeitungen des Auslandes, die „Komborber Autonomie“, der „Comme Libre“, der in Brüssel erscheint, der „Producteur“, ein spanisches Blatt, und zahllose meist auf rothes Papier gedruckte Flugblätter, in Frankreich großen Abzug. Als Sprachproben dieser anarchistischen Geistesvergenisse seien folgende Stellen aus Flugblättern, die noch Ende November in Paris vertheilt wurden, angeführt. Da heißt es: „Erhebe dich, Proletariat, nicht um die neuen Herren zu geben, Klerikale, Republikaner oder selbst Sozialisten, sondern damit du überhaupt keine Herren mehr hast. Mit Feuer und Schwert, mit Dynamit und mit der Arbeitervereinsung, mit Einzelkämpfen und Thaten der Gesammtheit, mit allen Mitteln kämpfe, ohne Pardon zu geben, gegen die Gewalt, die dich bedrückt, gegen das Kapital, das dich ausbeutet. Wenn du nach all deinen Leiden nicht im Glanz verenden willst, so sag deinen Gegnern an der Kasse und erdrossle ihn.“ In einem andern, „Bogno-genossen“ überschriebenen Aufruf ist zu lesen: „Wann kann die Welle, die uns verschlingt, nur ins Meer treffen, wenn man sie gebrochen hat. Eine heimlich und gut gelegte Dynamitbombe wird mehr Erfolg haben als hundert Leute, die sich von einer Schwadron tödten lassen. Wir müssen die Brandfackel liberal hinstellen, wo es Befugnisse giebt, überall da, wo die Bourgeoisie ihre Hauptquartiere hat. Kirchen, Bürgermeisterien, Polizeistationen müssen in die Luft fliegen und in Flammen aufgehen, aber die Hand, welche die räuberische That vollführt, muß möglichst unbekannt bleiben. Das ist das einzige Mittel, um anderswo von Neuem beginnen zu können und die

Revolution einer kleinen Zahl wirksam zu machen.“ Vielleicht sind es eben diese Worte, die gestern ihre Frucht getragen haben, denn in ihrem eigentlichen Hauptquartier, in der Volksvertretung, ist die französische Bourgeoisie gestern von den anarchistischen Mördern heimgegriffen worden. Bereits gestern sind unmittelbar nach der Unthat in der Kammer allerlei schöne Worte gefallen von einer Regierung, die ihre Pflicht thun und gegen die Mordthat einschreiten werde. Das sind Worte ehrlicher Enttäuschung, aber von ihnen bis zur befreienden That ist, wie die Erfahrung lehrt, in Frankreich ein weiter Schritt. Ist es aber der Regierung der Republik diesmal wirklich ernst und sollte sie zum Schuge der republikanischen Gesellschaft in Frankreich bei den Mächten internationale Maßregeln vorschlagen, so wird sich keine monarchische Regierung in Europa anschließen und ihre Hilfe verweigern können, denn auch für diese sind die Zeiten positiver Harmonie vorüber, wo der Fürst sein Haupt ruhig in jedes Unterthanen Schoß legen konnte, auch für sie gilt es den Kampf gegen eine internationale Bewegung, die sich außerhalb des menschlichen Rechtes und Gesetzes stellt und deshalb der Achtung vor dem Menschenrechte verlustig geworden ist.

Deutschland.

Berlin, 12. Dezember. Die Nachricht, die kaiserliche Familie werde im Frühjahr einige Wochen auf Schloss Urvell in Lothringen zubringen, gewinnt immer mehr an Wahrscheinlichkeit. Aus Weg, den 9. Dezember, wird der „Post. Ztg.“ geschrieben: Bei seinem Aufenthalt in Urvell im September d. V. ver sprach der Kaiser der preussischen Gemeinde Kuzel, in die das Schloss eingepfarrt ist, eine neue Kirche. Die von dem hiesigen Dombaumeister Kornow entworfenen Pläne haben bereits die Genehmigung des kaiserlichen Bauern erhalten, und ist angeordnet worden, alles soweit vorzubereiten, daß im Mai die Grundsteinlegung erfolgen kann. Man nimmt hier in gut unterrichteten Kreisen an, der Kaiser werde gegen Pfingsten n. J. die Grundsteinlegung selbst vollziehen, und dann die Kaiserin mit den Prinzen und der kleinen Prinzessin für einige Wochen auf dem Schlosse Aufenthalt nehmen.

Die Feste bei Hofe und in der Gesellschaft werden im nächsten Jahre durch den frühzeitigen Termin der Fastnacht eine recht unheimliche Einschränkung erfahren. Bei Hofe beginnen die Feierlichkeiten, abgesehen von der großen Gratulationsfeier am Neujahrstage, mit dem Feste des hohen Ordens vom Schwarzen Adler, bestehend in Insektur und Kapitel, welches am Stiftungstage des Ordens, am 17. Januar, abgehalten wird. Am Sonntag darauf, 21. Januar, findet die Feier des Krönungs- und Ordensfestes statt. Obwohl der Krönungstag auf den 18. Januar fällt, so wird das Fest nur an diesem Tage gefeiert, wenn der 18. auf einen Sonntag fällt. In dies nicht der Fall, so entscheidet die Mitte der Woche. Fällt der 18. Januar auf einen Dienstag, Freitag oder Sonnabend, so wird das Fest auf den Sonntag nachher, wie im nächsten Jahre, fällt er auf einen Montag, Dienstag oder Mittwoch, so wird es auf den Sonntag vorher verlegt. In der Zeit zwischen dem 21. und dem 27. wird die große Hofnar, die sogenannte Rour der Königin, abgehalten, der der erste Hofball im Weißen Saale folgt. Am Sonnabend, 27. Januar, ist Kaisers Geburtstag, der sich diesmal noch dadurch festlicher gestalten wird, als der Monarch an diesem Tage 25 Jahre der Armee angehört. Zwischen diesem Tage und dem auf den 6. Februar fallenden Fastnachtball im königlichen Schlosse soll der Subscriptionsball im Opernhaus eingeschaltet werden. In der Hofgesellschaft wird die Karnevalszeit im Allgemeinen ziemlich still verlaufen, da viele Familien den Winter theils auf ihren Besitzungen zubringen werden, theils im Süden zu verleben gedenken. In der englischen und österreichischen Hofgesellschaft werden Festeiten aus Anlaß von Familien trauern überhaupt nicht stattfinden.

Aus Dresden vom 11. Dezember meldet „E. L.“: „Die Königin ist dem „Dresdener Journal“ zufolge an einem leichten Influenzaanfall erkrankt und genötigt, das Bett zu hüten. Das Fieber ist gering und auch die übrigen Krankheitserscheinungen sind so leichter Natur, daß die baldige Genesung zu erwarten steht.“ — Am Sonnabend Abend hatte bekanntlich das genannte Telegraphenbureau eine Meldung von der Erkrankung der Königin, welche es am Vormittag verbreitet hatte, als unrichtig bezeichnet.

Der „Krenz- und Zeitung“ wird geschrieben: Es ist kaum ein Zweifel mehr möglich, daß die Verlobung des Großfürsten Thronfolgers von Rußland und der Prinzessin Helene von Orleans in Aussicht genommen ist, und daß die Familie Orleans nur die Bedingung daran geknüpft hat, in fischerlicher Beziehung die Unterzeichnung des Papstes dafür zu erlangen. Allein höchstwahrscheinlich wird der Plan scheitern. Gegen den Heirathtritt der Prinzessin Helene zur griechisch-orthodoxen Kirche würde zwar der Papst nichts zu erinnern haben, es fragt sich aber, ob den Russen damit gebietet wäre. Die griechisch-orthodoxe Kirche wird in von der russischen Regierung am allerbittersten verfolgt. Ein Katholik, der zur griechisch-orthodoxen Kirche übertritt, büßt seinen Glauben ein, er hat sich nur neuen Ritualformen zu unterwerfen. Die Schwierigkeit liegt in der Trauung und der Erziehung der Kinder. Rom kann zu geben, daß sämtliche Kinder nicht-katholisch erzogen werden, aber der Zar wird darauf bestehen.

Die Akademie des Bauwesens wird in der laufenden Woche eine Aufgabe zu lösen haben, welche sowohl vom Standpunkte der Technik als von der Industrie von besonderer Bedeutung ist. Es handelt sich um die Begutachtung der Pläne zur Ausführung des großen Schiffsharbores, welches zur Überwindung eines erheblichen Terrainunterchiedes in dem Dortmund-Emskanal-Canal erreicht werden soll. Bei der diesbezüglichen Ausschreibung Konkurrenz haben sich eine größere Reihe der bedeutendsten und leistungsfähigsten deutschen Ingenieure beteiligt. Die zu lösende Aufgabe ist insofern neu, als bisher die Ausführung solcher Art nur für Schiffsharbores von durchschnittlich sehr geringer Größe erreicht worden sind, die bestehenden Anlagen haben für das zur Lösung der großen Kanalfrage bestimmte Hebewerk nicht zum Vorbild dienen können, vielmehr System und Konstruktion allein durch die gedachte Zweckbe-

stimmung bedingt werden. Da auch bei den anderen in Deutschland geplanten Kanälen voraussichtlich ähnliche Anlagen sich als zweckmäßig erweisen werden, so liegt es auf der Hand, daß die Wahl der Konstruktion und des Systems für die Anlage seitens der obersten technischen Instanz, von welcher demzufolge auch die Regelung des Verkehrs abhängen dürfte, von großem Interesse für die beteiligten Industrien ist.

Die „Wirtschaftliche Vereinigung“ des Reichstages ist behufs endgültiger Stellungnahme zu den Handelsverträgen vom 11. Dezember einberufen worden. Die erste Sitzung war am 23. November abgehalten worden. Man hatte in derselben die Haltung zu den Handelsverträgen besprochen, aber mit Rücksicht darauf, daß die Kommissionsberatung der Handelsverträge in Aussicht stand, die Beschlußfassung vertagt. Nach Beendigung der Kommissionsberatung und vor der zweiten Plenarsitzung hält die Vereinigung den Augenblick für gekommen, die Angelegenheit nochmals in ernster Erörterung zu nehmen.

Die in Folge des Gesetzes vom 3. August 1893 betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres getroffenen Änderungen der deutschen Wehrordnung enthalten auch zwei erwähnenswerthe neue Bestimmungen über den Einjährig-Freiwilligendienst. Zunächst ist der Reichstagsrat in Zukunft ermächtigt, in besonderen Fällen ausnahmsweise dem Zeugnis über die bestandene Abschlussprüfung an einer deutschen Lehranstalt, bei der nach dem sechsten Jahrgange eine solche Prüfung stattfindet, die Bedeutung eines gültigen Zeugnisses auch dann beizulegen, wenn der Inhaber des Zeugnisses die zweite Klasse der Wehrordnung nicht ein volles Jahr hindurch besucht hat. Derartige Befugnisse sind an den Vorstellenden der jeweiligen Ersatzkommission zu richten, in deren Bereich der betreffende gefälligkeitssprechend sein würde, sofern er bereits das militärisch-pflichtige Alter erreicht hätte. Die Ersatzkommission befördert nach Feststellung der in Betracht kommenden Verhältnisse die Befugnisse mit einer gutachtlichen Beurteilung auf dem Dienstwege weiter. — Ferner soll in Zukunft die Ersatzkommission zu richten, in deren Bereich der betreffende gefälligkeitssprechend sein würde, sofern er bereits das militärisch-pflichtige Alter erreicht hätte. Die Ersatzkommission befördert nach Feststellung der in Betracht kommenden Verhältnisse die Befugnisse mit einer gutachtlichen Beurteilung auf dem Dienstwege weiter. — Ferner soll in Zukunft die Ersatzkommission zu richten, in deren Bereich der betreffende gefälligkeitssprechend sein würde, sofern er bereits das militärisch-pflichtige Alter erreicht hätte. Die Ersatzkommission befördert nach Feststellung der in Betracht kommenden Verhältnisse die Befugnisse mit einer gutachtlichen Beurteilung auf dem Dienstwege weiter.

Die „Nat.-Ztg.“ mittheilt, ist für die Stelle des Ministers des Innern in Württemberg u. A. der Freiherr Hans von Dr. Weidenborn in Aussicht genommen. Als Mitglied des Staatsministeriums würde er dann auch Einfluss auf die Hebung des Volksschulwesens haben, wenn dieses auch nicht speziell seinem Ministerium untersteht. Welche Stellung er zur Volksschule einnimmt, ist ersichtlich aus einer Rede, die er in der Sitzung des deutschen Landwirthschaftsraaths im Jahre 1878 gehalten hat. Der Referent (Hansburg) hatte beantragt, daß die elementaren Begriffe der Gesundheits- und Ernährungselehre, die Lehre von den Nahrungsstoffen der Lebensmittel, von den Surrogaten und von der leichtesten Art, in primitiver Weise Fälschungen zu ermitteln, in die Naturlehre der Schulen aufgenommen werden sollte. Freiherr v. Dr. Weidenborn (nach dem stenographischen Bericht): „Wir befinden uns in einer Zeit, in welcher man auch in den Anforderungen an unsere Volksschulen entschieden zu weit gegangen ist. Wir haben bei uns in Süddeutschland in jeder Volksschule naturwissenschaftliche Apparate. Da, wo ein vernünftiger Lehrer sich befindet, liegen diese Apparate im Staube begraben, und wenn Sie hier auf einmal mit der Forderung kommen, daß wir auch die Nahrungs-mittellehre in unsern Schulplan aufnehmen sollen, so versichere ich Sie, wenn diese Resolution bei uns gelesen wird, wird sie mit allgemeinem Lachen gelacht.“

Die konervative „All. Ztg.“ behauptet, es stiehe leider fest, daß die Stimmen Preussens im Bundesrathe für die Aufhebung des Jesuitengesetzes abgegeben werden. Es sei bereits ein Antrag Preussens in dieser Richtung vorbereitet gewesen, ehe die Jesuitenabgabe im Reichstage gehalten wurde. Das Zentrum hat deshalb die Veranlassung des Antrages Pompey so sehr beklungen, um dem katholischen Volke gegenüber sich die Priorität zu wahren. Als Entgelt werde das Zentrum für die Durchbringung aller Handelsverträge sorgen. Das ist offenbar ein von einem eifrigen Mitgliede des Bundes der Landwirthschaft erdunkenes Märchen. Preußen hat sich mit einem Antrage, die Jesuiten zurückzubringen, schwerlich beist. Es ist überhaupt kaum anzunehmen, daß man innerhalb der preussischen Regierung die Erklärung des Reichstages vom 30. Januar vorigen Jahres vollständig vergessen hat. Dem Punkte der Landwirthschaft wird es aber darum zu thun gewesen sein, eine passende Erklärung für die Zustimmung des Zentrums zu den Handelsverträgen zu finden.

In der Reichstagskommission für die Verhandlung der drei Handelsverträge mit Spanien, Rumänien und Serbien sind, wie aus dem erschienenen Berichte ersichtlich ist, seitens der Regierungsbereitete auf Ausstellungen über einige bei den Handelsbeziehungen zu den genannten Ländern in Betracht kommende Momente gegeben, die für unsere Gewerbetreibenden von Bedeutung sind.

Zunächst ist bezüglich Spaniens daraus hervorzugehen, daß durch den neuen Vertrag den deutschen Altgenossenschaften und sonstigen kommerziellen, industriellen und finanziellen Gesellschaften in Spanien dieselben Rechte gewährleistet

sind, wie sie den gleichartigen Gesellschaften irgend eines anderen Landes zustünden. Dieses Nachbegründungsrecht Deutschlands hat insofern auch eine feste Grundlage, als nach einem noch heute in Kraft bestehenden Sonderabkommen zwischen Spanien und Großbritannien vom 29. Januar 1883 den englischen Gesellschaften der in Rede stehenden Art in Spanien alle den gleichartigen einheimischen Gesellschaften zustehenden Rechte, einschließlich der Befugnis, vor den dortigen Gerichten Recht zu nehmen und sich zu verteidigen, zugesprochen sind. Hiervon wird also Deutschland auf Grund des Vertrages ebenfalls profitieren. Großbritannien, das zahlreiche Kapitalien englischer Handelsgesellschaften in Spanien festgelegt hat, besitzt auch das größte Interesse an der ferneren Aufrechterhaltung dieses Abkommens, so daß auch die deutschen Gesellschaften für die Zukunft sichergestellt sein werden.

Gegenüber einem Hinweise, daß der deutschen Ausfuhr nach Rumänien möglicherweise durch eine unfreundliche Stellung der ungarischen Regierung gegen unsere Waarendurchfuhr die gesammten Vorteile des Handelsvertrages auf industriellem Gebiete in Frage gestellt würden, wurde darauf aufmerksam gemacht, daß Deutschland für seine Ausfuhr nach den Balkanstaaten nicht mehr wie früher auf die Donaulinie oder auf die direkte Eisenbahnverbindung angewiesen sei, sondern daß namentlich seit den letzten zwei Jahren die Levante-Linie, die von Hamburg aus auf dem Seewege die Häfen der Levante und des schwarzen Meeres, auch der Donaumündung aufsucht, für die meisten Wirtschaftszweige Deutschlands wegen der kombinierten billigen Land- und Seefrachten die günstigste Gelegenheit zur Ausfuhr nach dem Orient bietet. Ueberdies ist eine differenzielle Behandlung der deutschen Exporte auf österreichischen und ungarischen Eisenbahnen im Vergleich mit den Erzeugnissen des eigenen Landes durch den deutsch-österreichischen Vertrag ausgeschlossen.

Es war schließlich in Frage gekommen, ob in dem deutsch-serbischen Handelsvertrage bei den in Serbien in ziemlich erheblichem Umfange üblichen inneren Steuern auch auf fremde Artikel, die zum Theil eine Aufhebung der Zollbegünstigung enthalten könnten, die deutschen Interessen voll gewahrt seien. Darauf wurden regierungsseitig Erklärungen abgegeben, wonach bei der Einfuhr nach Serbien zunächst die Verbrauchssteuer erhoben wird. Sie ist eine Umsatzsteuer, welche alle Handels- und kaufmännischen Geschäfte, sowie industriellen Unternehmungen in Serbien unterliegen, die mit einem Kapital in der Absicht auf Gewinn arbeiten und zwar gleichviel ob die Geschäfte nur zwischen Inländern und Ausländern abgeschlossen werden. Von den eingefuhrten Waaren wird sie zugleich mit dem Zoll erhoben und beträgt nach der Vereinbarung Serbiens mit den österreichisch-ungarischen 1 Prozent vom Werth der Rohstoffe und 7 Prozent vom Werth der Fabrikate. Für die Verbrauchssteuer ist die Höhe dieser Abgabe nach oben begrenzt und ferner der Abgabeberechnung der Fakturapreis zu Grunde zu legen, während bei den Provenienzen der Nichtvertragsstaaten eine hohe amtliche Preisliste der Berechnung zu Grunde gelegt wird. Sodann besteht in Serbien eine Verbrauchsabgabe von gewissen Verzehrgegenständen die Trochirina. Gegenüber den Vertragsstaaten ist diese für einige Gegenstände befreit, für andere, z. B. Zuckerwaaren, Kaffeesurrogate, Cololade und Kerzen u. s. w., erheblich ermäßigt. Im Uebrigen wird durch den Vertrag Deutschland hinsichtlich der inneren serbischen Verbrauchsabgaben das Weisbegünstigungsrecht eingeräumt.

Die Verhandlungen über die Grenzregulierung des Hinterlandes von Kamerun haben gestern hier begonnen. Sowohl den deutschen wie den französischen Delegierten ist strengste Geheimhaltung der Verhandlungen auferlegt. Die französischen Delegierten sind nicht mit einwilligen Vollmachten versehen, sondern verhalten sich nur referend.

Die Reform der Unfallversicherung ist nunmehr in nahe Aussicht gestellt. Das Gesetz, welches gegenwärtig hauptsächlich die Unfallversicherung regelt, ist erst nach dreimaligem Anlauf zu Stande gebracht. Die Entwürfe der Jahre 1881 und 1882 wurden vom Reichstage nicht angenommen. Im Jahre 1884 wurde das erste grundlegende Unfallversicherungsgesetz verabschiedet. Seitdem ist eine ganze Anzahl von Ergänzungen gegeben zu demselben in Geltung getreten. Das erste vom Jahre 1885 zog die Post- und Eisenbahnverwaltung, Dampfer, Fuhrwerke, Bismerschiffahrt, Specimen u. s. w. in den Kreis der Unfallversicherung. Im Jahre 1886 wurde die Ausdehnung auf die Land- und Forstwirtschaft beschlossen, im Jahre 1887 zur Viehzucht und Seeräubergesellschaft für den Grund gelegt. Eine Reform der Unfallversicherung würde auf alle diese Gesetze zurückwirken. Es ist häufig anerkannt worden, daß von den Arbeiterversicherungen gegeben das die Unfallversicherung behandelnde am besten funktioniert hat. Jedoch darf dabei nicht übersehen werden, daß die Kosten dieses Gesetzes einzig und allein die Schultern der Arbeitgeber trücken und deshalb der Kreis der von der Zahlungsverpflichtung betroffenen Personen kein so großer ist, wie bei den anderen beiden Versicherungsarten. Auch die Unfallversicherung hat ihre Mängel. Das Gegenbild wäre ja auch, da Deutschland sich bei der Ausarbeitung seiner Arbeiterversicherungsgeetze an kein Vorbild anlehnen konnte, wunderbar gewesen. Diese Mängel sollen nunmehr beseitigt werden. An den grundlegenden Bestimmungen, wie sie namentlich für die Organisation der Unfallversicherung maßgebend sind, dürfte dabei nicht geändert werden. Die bürgergenossenschaftliche Gliederung hat sich eingebürgert und innerhalb der einzelnen Berufsstände Anerkennung gefunden. Welligkeit des Rentenwesens dürfte die Veränderungen auch keine allzugroße Bedeutung haben. Dagegen dürfte das Verfahren einer ganzen Reihe von Modifikationen unterworfen werden. Man dürfte überhaupt wohl nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß im großen Ganzen die Reform der Unfallversicherung derjenigen der Krankenversicherung, wie sie am 1. Januar 1893 in Kraft getreten ist, ähnlich wird. Es ist denn auch vorherzusehen, daß wenn einmal erst die Vorlage über die Reform der Unfallversicherung dem Reichstage vorgelegt sein wird, ihr Zustandekommen allzugroße Schwierigkeiten nicht begegnen wird.

Posen, 10. Dezember. Erzbischof Stabilewski ordnete heute Danzig für die Errichtung des Kaiser in allen Kirchen an.

Danzig, 10. Dezember. Se. I. H. der Prinz

Agaturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Hasenstein & Vogler, G. L. Danne, Invalidendank. Berlin Bernh. Arnst, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thienes. Graßwald G. Illies, Halle a. S. J. J. Bark & Co., Hamburg Joh. Nothbein, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg a. Frankfurt a. M. Heine, Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Heinrich hatte gestern eine Einladung des Offizierscorps des 1. Leibhufaren-Regiments zur Tafel angenommen. Gegen 2 Uhr Nachmittags erschien der Prinz, begleitet vom Oberoffizier-Direktor Grafen Haugwitz, in der Kaserne und wurde von dem neuen Kommandeur des Regiments, Major von Madenien, empfangen und zur Tafel geleitet. Die Kapelle spielte eine schmetternde Fanfare. Die Tafel war festlich decorirt. Vor dem Bringen erhob sich ein prächtvoller, über etwa 1 Meter hoher Krystallpokal mit einem gleichfalls etwa 1 Meter hohen Strauß aus Chrysanthemen, die in etwa 50 Farben schillerten. Zu beiden Seiten des Pokales des Prinzen standen mächtige Rosenarrangements. Nach dem ersten Gange erhob sich der Regiments-Kommandeur, hieß den Prinzen willkommen und brachte denselben einen Toast dar. Prinz Heinrich dankte für die freundlichen Wünsche und sprach auf das Wohl des 1. Leibhufaren-Regiments. Um 6 Uhr Abends wurde die Tafel aufgehoben. Prinz Heinrich legte im Wagen nach Neustadt nach und dort an Bord des Panzerschiffes „Sachsen“ zurück. Der Prinz, der Kommandant des Panzerschiffes „Sachsen“, wird, wie die „Danz. Ztg.“ vernimmt, bereits am Montag Mittag mit seinem Schiffe den Hafen verlassen. Der „Sachsen“ wird in einigen Tagen die „Baltica“ folgen, und zwar direkt nach Kiel.

Karlruhe, 11. Dezember. In der heutigen Kammerung sprach der Präsident des Landwirthschaftsraaths, Abgeordneter Klein, für die Tabaksteuer. Finanzminister Buchenberger wandte sich scharf gegen die Agitation der Tabakspresse, nannte es eine Rederei ohne Gleichen, wenn die Mannheimer „Tabakzeitung“ als amtliches Organ des Mannheimer Tabakvereins der bayerischen Regierung Verhältnisslosigkeit vorwerfe, weil sie in der Entrichtungsforderung und hinsichtlich der Entlassung im Steuerentwurf langjährige Wünsche der Tabakpflanzer, Industrieller und Händler im Einklang mit der Mehrheit der bayerischen Landkammern zur Erfüllung gebracht. Man spreche immer von Arbeiterentlassungen. Ganz abgesehen davon, daß in Baden von 24 000 Arbeitern 12 000 im Alter von 15-21 Jahren und unverheirathet seien, denke aber Niemand an das Schicksal der 9000 bayerischen Pflanzern, die in den letzten drei Jahren in Folge des jetzigen Struktursystems den Tabakbau aufgeben mußten. Sei die Agitation der Industriellen und Händler von ihrem Standpunkt berechtigt, so sei auch die Stellungnahme der Regierung im allgemeinen Interesse.

Stuttgart, 11. Dezember. In den Blättern ist von einer Militärconvention die Rede, die zwischen Württemberg und Preußen abgeschlossen werden soll, oder, wie verlautet, bereits abgeschlossen ist. Es würde sich empfehlen, bald von zuverlässiger Seite etwas darüber verlauten zu lassen, damit nicht grundlose Fälschungen um sich greifen und Uebels stiften. Das bloße Wort „Militärconvention“ hat einen Klang, bei welchem den württembergischen Volksparteien eine Gänsehaut überläuft. Nun ist aber die in Frage stehende Convention, wie berichtet wird, sehr harmloser Natur, sie hält sich durchaus in den Grenzen der Versailleser Verträge und fällt deshalb gar nicht in die Kompetenz der Stände, mit deren mannigfaltigen Widerstand bereits in recht unnöthiger Weise gedroht wird. Von Aufhebung des württembergischen Kriegsministeriums, die allerdings eine Abänderung der Landesverfassung wäre der Versailleser Verträge, bedeutet nichts, ist keine Rede. Es würde aber kein württembergisches Interesse verletzen, wenn man die Abänderung des württembergischen Armeeorgans vom deutschen Heere insofern durchbräche, daß die höheren württembergischen Offiziere, vom Stabschef an, künftig mit ihren Avancementsverhältnissen den Offizieren des deutschen Heeres eingereiht würden. Es wäre das nur ein Vortheil für die Offiziere unseres Armeeorgans und würde den zweifachen empfindlichen Störungen der Avancements abhelfen. Dadurch, daß unfernen pensionirten Offizieren, wie in Preußen gewisse Jubiläumsgeldleistungen ausbedungen sein sollen, würden gleichfalls keine sonderbar natürlichen Rechte geschädigt. Man sieht, es handelt sich wesentlich nicht um Dinge, die in die Politik eingreifen, sondern um Fragen der Zweckmäßigkeit.

Uebrigens könnte es ja, im Hinblick auf gewisse, wenn auch noch keine Eventualitäten nichts haben, wenn die Zukunft Württembergs, wie durch Religionsverträge, so gewissermaßen durch eine Art von Reichsverträgen sichergestellt und vor künftigen Schwankungen bewahrt würde.

Österreich-Ungarn. Wien, 11. Dezember. Der Präsident des Abgeordnetenhauses Chlumetz hat im Namen des Präsidiums an den Präsidenten der französischen Deputiertenkammer Dupuy ein Telegramm gerichtet, in welchem die warmste Theilnahme anlässlich des verabschiedungswürdigen, unheimlichen Attentats in der französischen Kammer ausgesprochen, und dem Bedauern über die Opfer, sowie der Freude über die Abwendung größeren Unglücks Ausdruck verliehen wird.

Schweiz. Bern, 11. Dezember. Der schweizerische Ständerath haben heute, gleich bei Beginn der Sitzungen, unter großem Beifall der Abgeordneten beschlossen, der französischen Kammer im Namen der Humanität ihr lebhaftes Bedauern auszusprechen zu dem Anarchistenattentat, dessen Gegenstand die Vertreter der französischen Nation am letzten Sonnabend waren.

Belgien. Brüssel, 11. Dezember. Nach vier eingezugener Meldung aus St. Paul de Louvain ist die erste Section der Langloisenbahn von Maladi bis Renge am 4. Dezember mit großem Erfolg offiziell eröffnet worden.

Frankreich. Paris, 11. Dezember. Die Revue zum Preisgebot bestraft die Aufforderung zum Verbrechen ohne Unterscheidung einer direkten oder indirekten Aufforderung. Ein zweiter Gegenstandsgewert bestraft die Abänderung der verabschiedeten Gesetze bezüglich der Strafgewalt, so daß dieselben auf Anarchisten-Vereinigungen anwendbar werden. Ein dritter Gegenstandsgewert verurtheilt die Strafbestimmungen des Gesetzes von 1872 gegen die Vertheilung von Explosivstoffen und will nicht nur den Vertheilern fertigen Explosivstoffen bestraft wissen, sondern

